



NEWSLETTER II/2015

NORD SÜD *news*



Wollen in der Weltpolitik den Ton angeben: die Regierungschefs der G7

Gipfel der Möglichkeiten

Auf dem G7-Treffen in Elmau geht es unter anderem um Gute Arbeit. Dazu fällt den Gewerkschaften einiges ein.

Sie schotten sich ab: Mehr als 10.000 Polizist-Innen bewachen die acht Kilometer breite und bis zu drei Kilometer lange Sicherheitszone rund um Schloss Elmau im bayerischen Wettersteingebirge. An exponierten Stellen sollen Steinschlagschutzzäune KritikerInnen und GegendemonstrantInnen abschrecken, selbst in Garmisch-Partenkirchen sind die Kanaldeckel schon zugeschweißt – für den Fall, dass die Staats- und Regierungschefs der sieben wichtigsten Industrienationen zum G7-Gipfel am 7. und 8. Juni mit Limousinen statt mit Hubschraubern auf das Tagungsgelände kommen müssen.

Treffen der sogenannten Gruppe der Sieben, zu denen Deutschland, Frankreich, Italien, Japan, Kanada, Großbritannien und die USA zählen - von 1998 bis 2014 war sie mit Russland zur G8 erweitert worden - finden seit 1976 statt. Ursprünglich als Forum geplant, um im kleinen Kreis über Finanz- und Währungsfragen zu diskutieren, dienen die Treffen inzwischen der permanenten Kooperation der Länder. Fast alle wichtigen globalen wirtschafts- und sicherheitspolitischen Themen werden heute auf G7-Ebene entschieden. In diesem Jahr unter anderem auf der Agenda: Freihandel (siehe Seite 2f), "einen Grundstein zu legen für Fortschritte bei der UN-Klimakonferenz in Paris im Dezember" (O-Ton Angela Merkel, S. 4), die Verbesserung von Gesundheitssystemen in Entwicklungsländern (S. 5) und die Durchsetzung von Umwelt- und Sozialstandards entlang globaler Lieferketten (S. 6f).

KritikerInnen bemängeln neben der neoliberalen Globalisierung, die die G7/G8 vorangetrieben haben, vor allem die "Club"-Struktur, die willkürlich

Weiter auf Seite 2

In	h	٦,	1+

Titel I Gipfel der Möglichkeiten	S. 1
Der G7-Gipfel I Kommentar: Wir brauchen eine neue	

Kommentar: Wir brauchen eine neue	
globale Handelspolitik	S. 2
TTIP: Aus dem Investorenschutz aussteigen	
ist nicht einfach	S. 3
Klimaschutz – China: Gut fürs Klima,	
schlecht für deutsche Jobs?	S. 4
Kampf gegen Ebola: Lehren aus der Seuche	S. 5
Arbeitsschutz – Bangladesch:	
Die Geschäfte gehen weiter	S. 6
Lieferketten: Geiz nicht mehr ganz so "geil"	S. 7

I IGB für Klima plus Jobs; Seminar zu Sklaverei; Kampagnen für bedrohte GewerkschafterInnen; Filmtipp: Trash; Wo bleibt die Schuldenumwandlungsinstitution?; Arbeiterrechte in der globalen Wirtschaft; Impressum S. 8

NORD SÜD NETZ www.nord-sued-netz.de

Fortsetzung von Seite 1

ist und Nicht-Mitgliedstaaten ausschließt. Allerdings haben die Staats- und Regierungschefs dazu gelernt und betreiben im Vorfeld der Gipfel zunehmend Dialoge mit gesellschaftlichen Gruppen. So nahm im März dieses Jahres, in dem Deutschland die G7-Präsidentschaft innehat, Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) an dem Dialogforum der G7-Gewerkschaften, des Internationalen Gewerkschaftsbundes IGB und der TUAC, die als gewerkschaftliches Gremium die Industriestaatenorganisation OECD berät, teil.

Die danken das. Sehen sie doch mit der aktuellen Tagesordnung wichtige Themen gesetzt, bei deren Ausgestaltung sie nur zu gern mitreden wollen: Wenn etwa eine Strategie entwickelt werden soll, die globalen Gesundheitssysteme zu stärken. Hier fordern die Gewerkschaften Informationsaustausch und "Zusammenarbeit auf sektorübergreifender Ebene" - wobei die Beschäftigten, Gemeindeeinrichtungen und internationale Organisationen wie UNAIDS und die Weltgesundheitsorganisation WHO einbezogen werden müssten. Insbesondere wollen sie, dass die Arbeitskräfte im Gesundheitswesen besser ausgebildet und ausgerüstet werden.

Besonderes Gewicht legen die Gewerkschaften naturgemäß auf den angekündigten Programmpunkt Gute Arbeit, mit dem die Bundesregierung die anderen Staaten auf eine gemeinsame Linie für "sozial verantwortliches Handeln in der globalen Warenproduktion" verpflichten will. Dabei müsse es darum gehen, Zwangs- und Sklavenarbeit, informelle Beschäftigung, Hungerlöhne und gefährliche Arbeitsbedingungen abzuschaffen, sagte IGB-Generalsekretärin Sharan Burrow. Das funktioniere nicht ohne transparente Lieferketten und globale sektorspezifische Abkommen sowie internationale Rahmenabkommen. Auch beim Arbeitsschutz wollen die Gewerkschaften mitreden. So befürworten sie, dass die Bundesregierung einen Fonds zur Verhinderung von Arbeitsunfällen anregen will, den sogenannten Vision Zero Fund, fordern aber, dass zunächst Geld ausgegeben wird, um die Opfer des Rana Plaza-Einsturzes in Bangladesch vor zwei Jahren zu entschädigen.

Nicht alle GewerkschafterInnen wollen darauf vertrauen, dass die Lobbyarbeit ausreicht. Zumindest Teile von ver.di und der GEW unterstützen das Bündnis "Stop G7" und rufen mit zum Alternativgipfel und der Großdemo in München am 4. Juni, der Großdemo in Garmisch-Partenkirchen sowie den Aktionen vor Ort auf.

Beate Willms





Der G7-Gipfel: Kommentar

Wir brauchen eine neue globale Handelspolitik

TTIP, CETA und TiSA - das sind nicht nur Abkürzungen für aktuelle Handelsabkommen. Die Kürzel sind längst Symbol für eine kontroverse öffentliche Debatte um die Zukunft der gesamten Welthandelspolitik. Der große Protest gegen die EU-Handelsabkommen mit den USA (TTIP) bzw. Kanada (CETA) und auch gegen das geplante weltweite Dienstleistungsabkommen TiSA zeigt: Die Bevölkerung will kein "Weiter so" in der globalen Handelspolitik.

Trotzdem setzt die Politik weiter vor allem auf Liberalisierung und Deregulierung: TTIP & Co. sollen die letzten Barrieren, die freiem Handel im Wege stehen, beseitigen. Dabei handelt es sich neben Zöllen hauptsächlich um nicht-tarifäre Handelshemmnisse in Form von staatlichen Regulierungen oder Standards. Europäischen Unternehmen soll der Zugang zum amerikanischen und kanadischen Markt erleichtert werden und umgekehrt. Schnell kann es dabei passieren, dass Unternehmen dann zusätzlichen Wettbewerbsdruck auf die Beschäftigten abwälzen.

Auch Menschen in Drittländern könnten betroffen sein. So besteht die Gefahr, dass Handelsströme umgeleitet werden – weg von Ländern des globalen Südens hin zu den transatlantischen Partnern, die durch die Regeln der Handelsabkommen bevorzugt werden. Um einen fairen Welthandel zu ermöglichen, müssen verbindliche Regeln festgelegt werden, die hohe Standards sowohl im sozialen als auch ökologischen Bereich fördern und sich nicht der Logik des Marktes unterwerfen. Unternehmen dürfen keine kurzfristigen Kostenvorteile durch schlechteren Arbeitnehmer- und Umweltschutz haben. Dumpingwettbewerb und ein "race to the bottom" müssen verhindert werden. Auch deshalb müssen in Handelsabkommen Standards wie die Kernarbeitsnormen der internationalen Arbeitsorganisation ILO verankert werden. Außerdem müssen solche Abkommen die Interessen der Länder im globalen Süden berücksichtigen. Ein Bereich ist der Dienstleistungssektor, dessen Liberalisierung ein Kernthema in den derzeit verhandelten Abkommen ist. Hier lauern Gefahren, da beispielsweise Bildung, Gesundheits- und Wasserversorgung in der Bevölkerung als existenzwichtige und universell verfügbare Aufgaben betrachtet werden und nicht als Handelsgut. Um zu vermeiden, dass die Erbringung öffentlicher Dienstleistungen vom Gedanken der Gewinnmaximierung anstatt der Gemeinwohlorientierung geleitet wird, müssen diese von den Verhandlungen ausgenommen werden. Für die übrigen Dienstleistungsbereiche müssen diejenigen identifiziert werden, die von einer weiteren Marktöffnung tatsächlich profitieren würden – ohne einen Automatismus in Richtung immer weiter gehender Liberalisierung für alle Sektoren zu schaffen.



Darf kein privates Geschäft werden: Bildung

Die aktuelle Handelspolitik sollte auf Re-Regulierung setzen, so dass fairer Handel ermöglicht wird, der sich im Rahmen anspruchsvoller sozialer und ökologischer Leitplanken bewegt. Doch TTIP und CETA könnten es sogar ermöglichen, staatliche Regulierungen anzugreifen. Durch die Verankerung von Investitionsschutzrechten, die es ausländischen Investoren erlauben, gegen staatliche Gesetze vorzugehen, wird die staatliche Regulierungsmacht zusätzlich gegenüber dem Einfluss von Unternehmen geschwächt.

Gerade angesichts ihres wachsenden Einflusses auf globale Entwicklungen müssen den Investoren daher nicht nur Rechte eingeräumt, sondern auch Pflichten auferlegt werden, um die Einhaltung von Umwelt- und Sozialstandards weltweit zu fördern. Handel darf nicht darauf ausgelegt sein, einer Minderheit Vorteile zu verschaffen, während die große Mehrheit benachteiligt wird. Wohlstandsgewinne müssen gerecht in der breiten Bevölkerung verteilt, Dumpingkonkurrenz muss verhindert werden. Regeln sind dafür unerlässlich und ein Umdenken in der gesamten Welthandelspolitik ist dringend notwendig.

Nora Rohde



Die Kommentatorin arbeitet beim Bundesvorstand des DGB zu TTIP und anderen handelspolitischen Themen.





Der G7-Gipfel: TTIP

Aus dem Investorenschutz aussteigen ist nicht einfach

Millionen und Milliarden für angeblich ausgefallene Gewinne? Die linksregierten Staaten Lateinamerikas wollen nicht an klagende Konzerne zahlen und kündigen ihre Freihandelsverträge.

Zehntausende gingen vor 15 Jahren in der bolivianischen Stadt Cochabamba im sogenannten Krieg ums Wasser auf die Straßen. Nach tagelangen Gefechten musste die Regierung die Privatisierung der Wasserversorgung zurücknehmen. Bis heute sind die brennenden Barrikaden von Cochabamba in Lateinamerika Symbol des erfolgreichen Kampfes gegen die neoliberale Politik der 90er Jahre. Doch der Streit ging auf anderer Ebene weiter. Damals verklagte das transnationale US-Unternehmen Bechtel Bolivien wegen ausgebliebener Gewinne. 50 Millionen US-Dollar Schadensersatz forderte der Investor vor dem Weltbank-Schiedsgericht ICSID, obwohl er bis zum Ausbruch des Konflikts kaum eine Million investiert hatte.



Als Graffito noch gegenwärtig: Proteste aus dem Jahr 2000

Grundlage war ein Freihandelsabkommen zwischen Bolivien und den Niederlanden, das eine Investoren-Schutzklausel enthielt. Nicht die fadenscheinige Verlegung des Bechtel-Firmensitzes nach Amsterdam brachte die Klage zu Fall, sondern internationaler Druck und Solidarität mit den Menschen im ärmsten Land Südamerikas. 2006, kurz vor Antritt der linken Regierung von Evo Morales, legten beide Seiten den Streit bei -Bolivien zahlte symbolische zwei Bolivianos, rund 20 Eurocent.

Nur ein Jahr später kündigte das Land seine Mitgliedschaft bei der Schlichtungsstelle ICSID. 2013 erklärte es alle Freihandelsabkommen für ungültig. Begründung: Internationale Streit-



Chevron verklagt Ecuador vor dem Schiedsgericht. Protest während der geheimen Verhandlungen

schlichtungsmechanismen seien nicht mit der neuen Verfassung von 2009 vereinbar. "Zuerst haben wir Unternehmen verstaatlicht und so den Zugriff auf unsere strategisch wichtigen Naturressourcen gesichert", sagt Vize-Handelsminister Walter Clarems Endara. So habe man die vertraglich festgeschriebene Hoheit transnationaler Unternehmen brechen können. Dann seien alle bilateralen Verträge überprüft worden. "Zuletzt haben wir gesetzlich festgelegt, dass ausschließlich nationale Gerichte über juristische Streitigkeiten mit Investoren urteilen dürfen", so Endara.

Doch das konsequente Vorgehen bewahrte Bolivien nicht vor weiteren Klagen und Entschädigungszahlungen. Viele der Freihandelsverträge laufen offiziell noch bis 2030. Erst im Dezember 2014 zwang das ICSID Bolivien eine Strafzahlung von 357 Millionen US-Dollar an das Konsortium Pan American Energy PAE auf. Die Erdölfirma hatte 2009 im Zuge der Nationalisierung der Bohrtätigkeiten versucht, rund 1,5 Milliarden US-Dollar einzuklagen. Auch bei anderen Streitigkeiten aus Alt-Verträgen, wie mit dem britischen Unternehmen Rurelec, kam Bolivien nicht um Strafen herum.

Es wundert nicht, dass sich die meisten Klagen von Unternehmen wegen Gewinnausfall gegen Staaten wie Bolivien, Ecuador, Venezuela oder Argentinien richten, die zu Beginn dieses Jahrhunderts begonnen haben, die Souveränität über ihre Naturressourcen zurückzugewinnen. Weltweiter Spitzenreiter mit über 50 Klagen ist Argentinien, gefolgt von Venezuela mit knapp 40 und der Tschechischen Republik mit annähernd

zumeist aus dem Norden. 75 Prozent der Klagen wurden von Unternehmen aus den USA und der EU angestrengt.

30 Klagefällen. Ecuador, das wegen der Kündigung von Förderverträgen die bisher höchste

Schadenersatzforderung in Höhe von rund zwei Milliarden US-Dollar an Occidental Petroleum zu zahlen hat, liegt mit über 20 Klagen an fünfter

Stelle. Während die Angeklagten mehrheitlich aus dem Süden stammen, kommen die Kläger

Entsprechend deutlich die Reaktion der betroffenen Regierungen: Ecuador kündigte die Konvention mit dem ICSID 2010, Venezuela 2012. Argentinien weigert sich schon seit längerem, Entschädigungen zu zahlen. Im April 2013 beschlossen zahlreiche Staaten eine gemeinsame Überprüfung bestehender Verträge sowie die Einrichtung einer eigenen regionalen Institution, um Konflikte mit ausländischen Investoren zu lösen. Die Union Südamerikanischer Staaten UNASUR will in diesem Jahr ein Gremium schaffen, das die Mitgliedstaaten bei Streitfällen mit Unternehmen unterstützen soll.

Auch Ecuador zieht sich aus den Freihandelsverträgen zurück. Eine Kommission soll herausfinden, wie die finanziellen Folgen der anstehenden Klagen minimiert werden können. Kommissionschef Cristian Pino ist optimistisch. dass die Strafen in Zukunft heruntergehandelt werden können und bald ganz auslaufen. Angst um ausländische Direktinvestitionen hat er jedenfalls nicht: "Die meisten Investitionen kommen aus Staaten, mit denen wir keine Verträge geschlossen hatten." Brasilien etwa: Das Land mit den meisten Auslandsinvestitionen hat bis heute überhaupt keinen Freihandelsvertrag ratifiziert.

Andreas Behn



Der Autor lebt in Rio de Janeiro und bereist von dort aus regelmäßig ganz Lateinamerika.



Der G7-Gipfel: Klimaschutz

Gut fürs Klima, schlecht für deutsche Jobs?

Es klingt wie zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen: Mit Entwicklungshilfe den Klimaschutz forcieren. Beim Beispiel China können sich darüber aber nicht alle freuen.

An den Trophäen, die in der großen Eingangshalle der Firmenzentrale die Vitrinen füllen, geht Liu Shaofeng vorbei. Es seien einfach zu viele, sagt er. Nur ein Foto hat es dem 32-Jährigen angetan: Es zeigt Deutschlands Fußball-Nationalspieler Bastian Schweinsteiger. Liu ist nicht nur stolz, weil er Fan von Bayern München ist und sein Arbeitgeber offizieller Sponsor des Vereins. "Wir haben Deutschland viel zu verdanken", sagt er. "Ohne die deutsche Einspeiseverordnung wären wir nie so weit gekommen."

Ausbau der Solarenergie ausweiten. Industriepolitisch mit großem Erfolg: Zunächst war die deutsche Solarindustrie Nutznießer dieses Programms. Unternehmen wie Solarworld, Q-Cells oder Solon waren die Vorreiter und verdienten gut an Deutschlands Energiewende, die sich andere Regierungen zum Vorbild nahmen. Doch nach nur wenigen Jahren mussten sie feststellen: Sie sind nicht allein.

Ausgerechnet China, das lange Zeit nicht gerade bekannt für seine Umwelttechnologie war, gelang es rasch, eine Solarindustrie aufzubauen, die in der Anfangszeit extrem vom Absatz in Deutschland profitierte. Mittlerweile dominiert sie den Weltmarkt. "Die deutsche Gesetzesinitia-

tive brachte uns den notwendigen Entwicklungs-

Solar bewegt Chinesen: Elektroauto in Anyang, China

Liu Shaofeng ist Mitarbeiter von Yingli Green, mit rund 25.000 Mitarbeitern zweitgrößter Hersteller von Solarzellen und Fotovoltaikmodulen Chinas – und damit der ganzen Welt. Auf allen vorderen Plätzen liegen Hersteller aus dem Reich der Mitte: Trina Solar, Suntech und Jinko Solar. Ihren Erfolg haben sie vor allem Deutschland zu verdanken.

Mehr als ein Jahrzehnt lang hatte das deutsche Gesetz für den Ausbau erneuerbarer Energien (EEG) die Einspeisung aus erneuerbaren Quellen gefördert und deren Erzeugern feste Einspeisevergütungen garantiert. Mit dem 100.000-Dächer-Programm wollte die damalige rot-grüne Bundesregierung Anfang 2000 gezielt den schub", sagt Yingli-Mitarbeiter Liu. Diese Form der "Entwicklungshilfe" sollte eigentlich ganz im Sinne der Bundesregierung sein. Für dieses Jahr hat Deutschland den Vorsitz der G7-Staaten übernommen, des informellen Zusammenschlusses der führenden Industriestaaten dieser Welt. Und ganz oben auf der Agenda stehen sowohl die Themen Klimaschutz als auch Entwicklungshilfe. Doch so richtig will in Deutschland keine Freude aufkommen. Zwar liegt Chinas jährliches durchschnittliche Pro-Kopf-Einkommen nach wie vor bei unter 9.000 US-Dollar und rangiert damit auf einer Höhe wie Libyen oder Tunesien. Diese Länder erhalten von Deutschland Entwicklungshilfe. Doch zugleich ist China aufgrund seiner

"In der Tat halten wir es für unfair, wenn ein Land industrielle Rahmenbedingungen schafft, die Wettbewerber in anderen Teilen der Welt benachteiligen" (Christian Weis, IG Metall)

schieren Größe die zweitgrößte Wirtschaftsmacht der Welt. Und geballt ist die Volksrepublik sehr wohl in der Lage, ganze Branchen zu dominieren. So hat Chinas Solarindustrie über 1,8 Millionen Arbeitsplätze geschaffen. Ihre Zahl hat sich in den vergangenen zwei Jahren mehr als verdreifacht. In keinem Land ist die Branche größer. Deutschlands Solar-unternehmen spielen hingegen nur noch eine untergeordnete Rolle. Sie bieten lediglich noch rund 80.000 Menschen Arbeit.

Unternehmen wie etwa Solarworld aus Bonn wehren sich daher seit Jahren gegen die chinesische Konkurrenz. Solarworld beanstandet vor allem Chinas aggressive Subventionspolitik. Und auch die deutschen Gewerkschaften kritisieren das Vorgehen der chinesischen Führung: "In der Tat halten wir es für unfair, wenn ein Land industrielle Rahmenbedingungen schafft, die Wettbewerber in anderen Teilen der Welt benachteiligen", moniert Christian Weis aus der Fachabteilung Internationales der IG Metall. "Viele Solarunternehmen hat dieser Wettbewerb ruiniert, mit drastischen Folgen für die Beschäftigten, nicht nur in Deutschland und Europa, sondern auch in China."

China hält mit dem Klimaschutz dagegen. Das Riesenreich versinkt regelmäßig im Smog, weil der Strom auch weiterhin zu knapp zwei Dritteln über Kohleverbrennung gewonnen wird. Um dieses Problems Herr zu werden, gibt die chinesische Führung nach Angaben der Internationalen Organisation für Erneuerbare Energien (IRENA) inzwischen jährlich rund 100 Milliarden US-Dollar für den Ausbau der regenerativen Energie aus. Das ermöglicht chinesischen Solarunternehmen zugleich, in großen Mengen und damit sehr viel kostengünstiger als ihre westliche Konkurrenz zu produzieren.

Für deutsche Solarunternehmen sieht Yingli-Mitarbeiter Liu aber nicht völlig schwarz. Chinas Bedarf sei in den kommenden Jahren so groß – zumindest ein kleines Stück vom Kuchen könnten auch die Deutschen wieder abbekommen. Die Entwicklungshilfe kehrt sich dann um.

Felix Lee



Der Autor ist Korrespondent in Peking.

Der G7-Gipfel: Kampf gegen Ebola

Lehren aus der Seuche

Die G7-Staaten wollen sich um die Folgen der Ebolafieber-Epidemie in Westafrika kümmern.

Am zweiten Maiwochenende hatte Liberia endlich einmal Grund zum Feiern. Das kleine westafrikanische Land ist seit 9. Mai offiziell ebola-frei, nachdem es stärker unter der tödlichen Epidemie gelitten hatte als jedes andere Land der Welt: 10.212 Infektionen, davon 4.573 tödlich. Der letzte Ebola-Tote in Liberia wurde am 28. März beerdigt. Nach internationalen Richtlinien müssen danach 42 Tage vergehen, das Doppelte der maximalen Ansteckungsfrist, bevor die Epidemie wirklich für besiegt erklärt werden kann.

Es war Liberias Präsidentin Ellen Johnson-Sirleaf, die im vergangenen September zum Höhepunkt des Massensterbens in ihrem Land die Weltöffentlichkeit mit dramatischen Appellen aufgerüttelt hatte. In persönlichen Briefen an Angela Merkel, Barack Obama und andere Führer großer Industrienationen hatte die Friedensnobelpreisträgerin ganz konkrete Forderungen gestellt. Bundeskanzlerin Merkel hatte daraufhin "schnelles Handeln" versprochen, es wurden Freiwillige losgeschickt, die Bundeswehr mobilisiert und ein Ebola-Sonderbeauftragter eingesetzt, der ressortübergreifend die Hilfe für die drei besonders betroffenen Länder Liberia, Guinea und Sierra Leone koordinierte.

Jetzt, sieben Monate später, ist Ebola in Westafrika beinahe besiegt, die Arbeit des deutschen Sonderbeauftragten Walter Lindner beendet. Die Bilanz der Seuche ist weit hinter den düsteren Prognosen von Hunderttausenden Toten zurückgeblieben, aber dennoch schrecklich: über 11.000 Ebola-Tote in den drei Ländern bei über

26.000 Fällen. Endgültige Zahlen gibt es noch nicht, denn anders als Liberia waren Sierra Leone und Guinea Mitte Mai noch nicht ebola-frei. Aber allein zwischen den beiden Lageberichten der UN-Ebola-Mission UNMEER vom 4. und vom 8. Mai erhöhte sich die Zahl der Ebola-Toten insgesamt von 10.892 auf 11.007 – 115 neue Tote also in nur wenigen Tagen.

Etwas voreilig erscheint da wohl die Parole "Jenseits von Ebola", die sich die G7-Außenminister in Lübeck am 15. April gaben, als sie im Vorfeld des G7-Gipfels im Juni auf Schloss Elmau letzte Hand an eine gemeinsame "G7-Agenda zur Prävention zukünftiger Krisen" im afrikanischen Gesundheitsbereich legten. Die Agenda ist, wie so vieles auf der G7-Ebene, eine Ansammlung von Selbstverständlichkeiten.

Konkret planen die G7-Außenminister: mehr Unterstützung zum Aufbau nationaler Gesundheitssysteme, Förderung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit beim Informationsaustausch und bei der Seuchenbekämpfung, die bestmögliche Unterstützung für internationales Hilfspersonal und die Entwicklung einer "koordinierten internationalen und regionalen Vorbereitung für Gesundheitskrisen". Das alles ist längst Teil der auf UN-Ebene laufenden Bemühungen.

Für die deutsche G7-Präsidentschaft ist Ebola als Schwerpunktthema des Gipfels dennoch logisch. Denn wenn diese Krise eines aufgezeigt hat, dann die Schwerfälligkeit der internationalen Reaktion auf ungewohnte Ereignisse. Mindestens seit dem verheerenden Tsunami in Asien 2004 antworten die Mächtigen der Welt auf jede unvorhergesehene Notlage mit dem Bekenntnis, schneller und effektiver zu reagieren. Dass sie dies jedesmal von Neuem tun müssen, deutet auf ungelöste Probleme hin. Eines davon ist, dass viele Vorschläge schnell in Vergessenheit geraten und sich als wenig praktikabel erweisen. Noch im Januar, als der internationale Kampf gegen Ebola in Westafrika seinen Höhepunkt er-



Prävention fängt bei den Kleinsten an

reichte, hatte die deutsche Bundesregierung im G7-Rahmen unter anderem "Weißhelme gegen Seuchen" vorgeschlagen: den "Aufbau eines Kontingents von Ärzten und medizinischem Personal, das schnell einsatzbereit ist und in Krisengebiete verlegt werden kann" - eine Lösung auf der Suche nach einem Problem. Im Mai mahnte der scheidende deutsche Sonderbeauftragte Lindner hingegen, ein Hauptproblem sei, was nun mit den vielen Ebola-vertrauten Experten in den betroffenen Ländern geschehen solle, die als Mitarbeiter internationaler Hilfswerke wertvolle Erfahrungen gesammelt hätten und nun vor der Arbeitslosigkeit stehen, obwohl sie von den eigenen Gesundheitssystemen dringend gebraucht würden - ein Problem auf der Suche nach einer Lösung.

Wird es möglich sein, ein praktikables Paket zu schnüren, das die in der Bekämpfung von Ebola erfahrensten Fachkräfte in Afrika weiterhin im Einsatz hält, dort, wo sie am dringendsten gebraucht werden? So weit gehen die Überlegungen auf G7-Ebene vermutlich nicht. Derweil wüten im ebola-freien Liberia die Masern: 562 Fälle seit Jahresbeginn. Letztes Jahr waren in Zeiten von Ebola die Routineimpfungen ausgefallen.

Dominic Johnson



Der Autor ist Journalist in Berlin und reist regelmäßig in Afrika umher.



Seuchenbekämpfung in Sierra Leone



Der G7-Gipfel: Arbeitsschutz

Die Geschäfte gehen weiter

Eigentlich sollten zwei Jahre nach dem Einsturz der Textilfabrik Rana Plaza Arbeitsplätze in Bangladesch sicherer werden. Das haben viele Modefirmen zugesagt. Es gibt kleine Erfolge, doch GewerkschafterInnen werden zum Beispiel nach wie vor von Schlägern bedroht.

1.138 Tote sind schwer zu ignorieren. Nur wenige Tage nach dem Zusammenbruch des Rana Plaza-Komplexes in Bangladesch traten dutzende europäische Modefirmen als Reaktion auf den öffentlichen Druck dem "Rana Plaza Accord" bei, einem Abkommen für bessere Feuer- und Gebäudesicherheit. Was hat sich dadurch verändert? Die Zusagen, den Accord einzuhalten, waren damals ein Fortschritt. Gewerkschaften und AktivistInnen der Kampagne für Saubere Kleidung hatten zuvor monatelang erfolglos versucht, die Modefirmen für eine ähnliche Vereinbarung zu gewinnen. Inzwischen sind mehr als 190 Firmen im Accord, darunter vor allem europäische Marken wie H&M, Inditex oder Kik.

Mit dem Accord wurden erstmals Arbeitsstandards gegenüber den Modefirmen einklagbar: ArbeiterInnen können seither, vertreten von internationalen Gewerkschaften, die Sicherheit in den Fabriken vor Gerichten einfordern. Die Firmen, die den Accord unterzeichnen, finanzieren Inspektoren, die hunderte Fabriken in Bangla-

Hat sich etwas verbessert? Versammlung von TextilarbeiterInnen in Dhaka

desch auf Brandschutz untersuchen. Sie prüfen auch, ob die Elektrik in Ordnung ist und die Gebäude sicher sind. Zudem nehmen sie auf, wie es um die Rechte der ArbeiterInnen steht und ob beispielsweise Gewerkschaften zugelassen sind.

Dass diese Inspektionen vor Ort Macht entfalten, zeigte sich erst vor wenigen Monaten: Die Inspektoren drohten dem Wuppertaler Unternehmer Ulrich Bornemann an, seine Fabriken in Bangladesch, in denen unter anderem für Lidl genäht wurde, für "nicht konform" zu befinden. In der Folge hätten Mitglieder des Accords von dort keine Ware mehr bestellen dürfen. Der Unternehmer willigte darum bald ein, entlassene Gewerkschaftsmitglieder wieder einzustellen. Am Ende schloss er allerdings seine Fabriken: Das Management wollte sich mit der Wiedereinstellung nicht abfinden und drohte, geschlossen zu kündigen, wenn dies passiere.

Allerdings hat der Accord bisher selten so prompt gewirkt. Grundlegendes hat sich in den letzten zwei Jahren in Bangladesch durch ihn noch nicht verändert. Moderne Fabriken sind nicht entstanden. Die TextilarbeiterInnen schuften zumeist in denselben Gebäuden wie früher. Den kleinen Fortschritt zeigen die Zahlen: Seit Bestehen des Accords sind zwar bereits 1.500 Fabriken inspiziert und 17 geschlossen worden. Von den 41.000 gefundenen Fehlern wurden

bisher aber nur knapp 800 behoben. Die FabrikbesitzerInnen streiten sich mit den Modefirmen darüber, wer für die Kosten aufkommt, um Mängel zu beseitigen. Diese sollen sich im Schnitt auf 230.000 Euro pro Fabrik belaufen. Einem Bericht der bangladeschischen Tageszeitung "Daily Star" zufolge hat sich nur eine einstellige Zahl von Firmen an den Kosten beteiligt.

Die Regierung in Bangladesch hat sich der Sache bisher kaum angenommen. Sie nahm nur eine frühere Verschärfung des Gewerkschaftsrechts wieder zurück, die unter anderem vorschrieb, dass Besitzer die Namen von Gewerkschaftsmitgliedern bestätigen mussten. Zwar verhandelte sie auch einen neuen Mindestlohn für die Industrie. Dieser bedeutete aber einen Reallohnverlust, weil er hinter der Inflation in Bangladesch zurückblieb. Zugleich ist er noch immer so niedrig, dass ArbeiterInnen regelmäßig Überstunden machen müssen, um ihre Lebenshaltungskosten zu decken.

Die Arbeitsbedingungen haben sich so wenig verbessert. "Wenn wir nicht schnell genug produzieren, beschimpfen uns die Vorarbeiter", erzählt Farzana, eine Näherin die einst im eingestürzten Rana Plaza arbeitete und nun wieder in einer Textilfabrik näht. "Wenn wir das Produktionsziel nicht erreichen, schlagen sie manchmal zu." Kein Einzelfall. Die Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch hat 160 ArbeiterInnen aus 44 Zulieferfabriken befragt. Sie erzählten, dass Löhne spät ausgezahlt, Überstunden erzwungen und oft gar nicht bezahlt würden. Auch sagten sie, dass sie immer noch unter körperlichen, sexuellen und psychischen Übergriffen ihrer Vorarbeiter litten. Und: Schwangeren Frauen würde der Mutterschutz verwehrt und ihnen stattdessen gekündigt.

Auch die Situation der GewerkschafterInnen hat sich demnach nicht verbessert. In dem Bericht, den Human Rights Watch Ende April

Lalon Sander



veröffentlicht hat, heißt es, sie würden eingeschüchtert oder es werde Ihnen auch gekündigt, sobald ihre Arbeit bekannt werde. Oft würden dafür örtliche Schläger eingesetzt, zu denen FabrikbesitzerInnen und -managerInnen gute Beziehungen pflegen. Eine Gewerkschafterin erzählte, sie sei in die Managementetage gerufen und dort von solchen Schlägern mit einer Gardinenstange geschlagen worden. Sie war zu dieser Zeit schwanger. Ihr wurde gekündigt. Der Lohn wurde ihr nicht ausgezahlt.

reist häufig nach Bangladesch.





Der G7-Gipfel: Lieferketten

Geiz nicht mehr ganz so "geil"

Zwei Jahre nach der Tragödie von Rana Plaza gibt es ein leichtes Umdenken in reichen Abnehmerstaaten wie Deutschland. Ein Bündnis für nachhaltige Produktion und Lieferketten von Textilien formiert sich.

Aktivist ist eine ungewohnte Rolle für einen CSU-Minister. Aber als Gerd Müller öffentlich die Produktionsbedingungen eines WM-Trikots der Fußballnationalelf in Bangladesch anprangert, klingt das wie ein Aufruf zum Boykott von Adidas: "16 Stunden-Tage, 5 Cent die Stunde, sechs Tage Arbeit für die Frauen – es kommt hinten ein Lohn heraus, der nicht zum Leben reicht, geschweige denn für die Familie", sagt der Chef des Ressorts für wirtschaftliche Zusammenarbeit über die Ausbeutung von ArbeiterInnen in Asien und Afrika durch westliche Konzerne. "Diese Trikots, diese Anzüge, diese Hemden", fragt Müller provokant, "wollen Sie die tragen?"

Gut zwei Jahre ist es her, dass in Bangladesch das neungeschossige Gebäude einer Textilfabrik einstürzte. Über 1.100 Menschen kamen dabei ums Leben, 2.400 wurden verletzt. Das Unglück von Rana Plaza war eine Tragödie, aber wegen der intensiven Berichterstattung und des Drängens von NGOs wie der Kampagne für Saubere Kleidung und nationaler wie internationaler GewerkschafterInnen auch Anstoß zum Umdenken in reichen Abnehmerstaaten wie Deutschland: Geiz finden mittlerweile immer weniger "geil". Vielen Konsumenten ist nun bewusster, dass ihre Kleider anderswo oft unter menschenunwürdigen Bedingungen hergestellt, weiterverarbeitet oder gehandelt werden. Arbeitsschutz Fehlanzeige, schwangeren Näherinnen droht sofortige Kündigung.

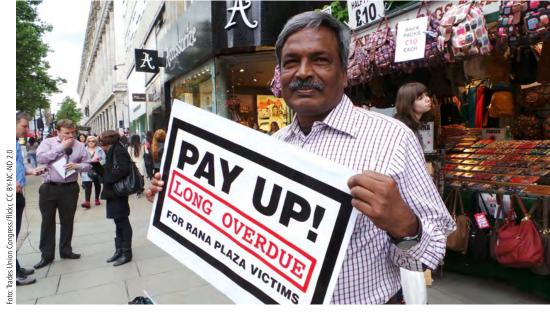
Experten und Aktivisten hatten deshalb auf eine gesetzliche Regelung gehofft – Müller brachte im Oktober aber ein freiwilliges "Textilbündnis" auf den Weg. Die Vereinigung, die ökologische und soziale Mindeststandards in Produktionsstätten und Lieferketten der Branche sicherstellen will, wird von rund 70 Menschenrechts- und Umweltorganisationen wie auch dem DGB getragen. Seit dem zweiten Jahrestag der Katastrophe unterstützen nach hartnäckigen Verhandlungen auch die Verbände der deutschen Bekleidungsindustrie das Bündnis. Als einer der ersten Großen trat Tchibo bei, die britisch-irische Modekette Primark überlegt nachzuziehen, viele fehlen aber noch.

Kritiker bemängeln, dass das Bündnis im Gegenzug für den Einstieg der Wirtschaft "weichgespült" wurde. Zwar müssen genaue Ziele und Zeitpläne erst noch festgeklopft werden – auch Haftungsrisiken für Unternehmen wurden minimiert -, aber immerhin sind die Betroffenen nun mit im Boot, findet Minister Müller. "Meine Güte", wundert sich auch Frank Zach, Leiter des Referats Osteuropa und Asien beim DGB-Bundesvorstand. "Wozu nützt das Bündnis, wenn da keiner außer den üblichen Verdächtigen Mitglied ist?" Und: "Da wurde überhaupt nichts aufgeweicht, wir können da sehr gut mitmachen."

Vielen Konsumenten ist nun bewusster, dass ihre Kleider anderswo oft unter menschenunwürdigen Bedingungen hergestellt (...) werden.

einzahlt." Laut Inkota verweigern auch Adler, KANZ/Kids Fashion Group (Kinderkleidung für Baby Walz), NKD sowie die Schmidt Group Zahlungen in den Fonds.

Auch die Debatte um gesetzliche Regelungen geht weiter. Deutschland solle – wie Frankreich - ein Gesetz verabschieden, "das die Unternehmen verpflichtet, Vorsorge zu tragen und bei Unfällen oder der Verletzung von Arbeitsrechten zu haften", sagt Gisela Burckhardt von FEMNET, einer NGO, die sich für Textilarbeiter-Innen einsetzt. Derzeit gebe es für den Rana



Die Opfer warten immer noch auf Entschädigung: Protestaktion in London

Währenddessen warten viele der Geschädigten von Rana Plaza immer noch auf etwas Wiedergutmachung aus dem Westen. Weiter fehlen gut sechs von 30 Millionen Euro im Entschädigungsfonds der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO). Dabei geht es für die Konzerne um Peanuts. Die 29 Hersteller, die in der Unglücksfabrik Rana Plaza produzierten, erwirtschaften laut der Kampagne für Saubere Kleidung einen Jahresumsatz in Höhe von 20 Milliarden US-Dollar. Allein ein Zehntel davon geht auf die Konten von Benetton. Die Modemarke, die mit dem Slogan "United Colors" für eine bessere Welt wirbt, verweigerte zuerst die Zahlungen, überwies dann 1,1 Millionen US-Dollar – so viel wie bespielsweise der deutsche Textildiscounter KiK. "Almosen", ärgert sich Berndt Hinzmann von der Entwicklungs-NGO Inkota. "Wir fordern, dass Benetton die von der ILO berechnete Summe von fünf Millionen Euro in den Fonds Plaza-Fonds nur freiwillige Zahlungen. Auch das katholische Hilfswerk Misereor fordert verbindliche Regeln. "Deutsche Unternehmen sollten gesetzlich verpflichtet werden, für die Einhaltung der Menschenrechte bei ihren Tochterunternehmen und GeschäftspartnerInnen im Ausland Sorge zu tragen", sagt Hauptgeschäftsführer Pirmin Spiegel.

Letztlich entscheidend ist der Verbraucher. Um zu zeigen, dass Geiz und nachhaltig produzierte Ware nicht immer zusammenpassen, schaltete das Label armedangels kürzlich eine Anzeige, in der der Preis nicht billiger wurde, sondern für Ware "made by humans" von 89,90 auf 199,90 Euro stieg.

Kai Schöneberg



Der Autor ist Journalist und arbeitet in Berlin.



In Kürze

IGB für Klima plus Jobs

Der Internationale Gewerkschaftsbund IGB hat für den 1.-7. Juni zu einer globalen Lobbywoche aufgerufen, während der die Gewerkschaften für eine Klimaschutzvereinbarung werben sollen, die sowohl Arbeitsplätze sichert als der Menschheit auch eine Chance gibt, die globale Erwärmung auf höchstens zwei Grad zu begrenzen.



Mehr Infos: www.ilo.org/global/publications/books/ forthcoming-publications/WCMS_314465/lang--en/ index.htm

Seminar zu Sklaverei

21 bis 30 Millionen Menschen weltweit sind heute versklavt oder leben in sklavereiähnlichen Verhältnissen, auch vor unserer Haustür – und das trotz nationaler und internationaler Verbote und Ächtung. In etlichen Wirtschaftssektoren ist sie sogar gängige Praxis. Kein Wunder: ermöglicht sie doch ein Milliardengeschäft für die Arbeitgeber – und oft Vorteile wie Billigwaren für die KonsumentInnen. Für die Betroffenen



Milliardengeschäft Ausbeutung

bedeutet sie dagegen den Verlust der Kontrolle über das eigene Leben, Freiheitsberaubung, Gesundheitsschäden, Erniedrigungen, seelische und körperliche Gewalt. Das DGB Bildungswerk BUND will das Thema in einem Seminar in Hattingen für MultiplikatorInnen vertiefen und der Frage nachgehen, was es an Gegeninitiativen und Handlungsansätzen gibt.



Kontakt: ursula.meiners@dgb-bildungswerk.de Mehr Infos: www.forum-politische-bildung.de/ forum/seminar/315093110

Kampagnen für bedrohte GewerkschafterInnen

In vielen Ländern der Welt sind Gewerkschafter-Innen an Leib und Leben bedroht. Die Webseite LabourStart Campaigns versammelt bekannt

gewordene Fälle und ruft gemeinsam mit dem Internationalen Gewerkschaftsbund dazu auf, Einfluss zu nehmen – durch Petitionen oder durch direkte Schreiben an die zuständigen Politiker. Aktueller Adressat unter anderem: Swasilands Premier Sibusiso Dlamini wegen der verschärften Angriffe auf GewerkschafterInnen und AktivistInnen, Verhaftungen und Isolationshaft.



Mehr Infos: www.labourstartcampaigns.net

Filmtipp: Trash

Millionen Menschen leben als Müllmenschen. Sie verbringen einen großen Teil ihres Lebens auf Deponien und Kippen. Vor allem in Brasilien hat sich hier ein gewaltiger informeller Sektor entwickelt, in dem ganze Familien ausgebeutet werden. Regisseur Stephen Daldry hat sich des Alltags dort angenommen – und einen Spielfilm gedreht, in dessen Mittelpunkt die drei Freunde Raphael, Gardo und Rato stehen, die den Tag damit verbringen, auf einer großen Mülldeponie nach Verwertbarem zu suchen. Eines Tages findet Raphael ein Portemonnaie. Und plötzlich befinden sich die drei Jungs in einem großen, gefährlichen Abenteuer.



Trash, FSK ab 12, 114 Min., Kinostart 18. Juni 2015

Wo bleibt die Schuldenumwandlungsinstitution?

In den Ländern des Südens drohen in den nächsten Jahren neue Schuldenkrisen. Das zeigt der Schuldenreport 2015 von der Kindernothilfe und der Kampagne erlassjahr.de. Ein Grund sind die international verbreiteten Niedrigzinsen, die viele Regierungen dazu verführen, mehr Kredite aufzunehmen als nötig – und nach ihrem absehbaren Ende Umschuldungen deutlich verteuern werden. Ein anderer ist die zunehmende Verschuldung von Privaten, die an die Staaten übergeht, wenn die Rückzahlung scheitert. Die UN-Konferenz für Handel und Entwicklung (UNCTAD) teilt diese Einschätzung und hat deshalb eine Roadmap vorgelegt, die zeigen soll, wie öffentliche Schuldenkrisen künftig gelöst werden könnten. Man brauche einen Mechanismus, der in der Lage sei, verschiedene Typen von Verschuldungsproblemen zu erkennen und zu lösen. Sinnvoll sei etwa eine unparteiliche öffentliche Schuldenumwandlungsinstitution, die nach einem nachvollziehbaren Muster für Transparenz und Nachhaltigkeit sorgen soll. Diese müsse auf Antrag vermitteln und im Streitfall

entscheiden. Bis Ende des Jahres soll UNCTAD im Auftrag der Vereinten Nationen ein Multilaterales Rechtliches Rahmenwerk für die Schuldenrestrukturierung vorbereiten.



Mehr Infos: www.erlassjahr.de/cms/upload/2015/ Schuldenreport 2015/Schuldenreport 2015.pdf http://unctad.org/en/PublicationsLibrary/ gdsddf2015misc1_en.pdf

Arbeiterrechte in der globalen Wirtschaft

Welche Rechte haben Arbeiter weltweit - und mit welchen Instrumenten und Strategien kann man sie implementieren und festigen? Aufschluss darüber gibt ein Massive Open Online Course, den die Global Labour University ab dem 1. Juni anbietet. Dabei sollen den TeilnehmerInnen Hintergrundwissen und praktische Fertigkeiten vermittelt werden. Entwickelt wurde der Kurs in Zusammenarbeit mit dem Büro der Internationalen Arbeitsorganisation für Arbeiteraktivitäten und globalen Gewerkschaftsverbänden. Er dauert sechs Wochen und kann im Audit-Track kostenlos absolviert werden. Wer ein Zertifikat haben möchte, zahlt 49 Euro für den Certificate Track und kann ein Examen ablegen.



Mehr Infos: www.youtube.com/ watch?v=8u8dpMVfFh0 www.global-labour-university.org/fileadmin/ download/CfP_GLU_Conference_2015.pdf https://iversity.org/en/courses/workers-rightsin-a-global-economy

Herausgeber: DGB Bildungswerk e.V. Vorsitzende: Elke Hannack Geschäftsführerin: Claudia Meyer Verantwortlich: Jens Martens

Redaktion: Hanna Gersmann, Beate Willms Satz: Achim Konopatzki

DGB Bildungswerk BUND Nord | Süd-Netz Hans-Böckler-Straße 39, 40476 Düsseldorf Tel.: 0211/4301-333, Fax: 0211/4301-500 nord-sued-netz@dgb-bildungswerk.de www.dgb-bildungswerk.de www.nord-sued-netz.de

Spendenkonto: Nord LB, Hannover IBAN: DE30 2505 0000 0152 0125 22 SWIFT: NOLADE2HXXX

Der Herausgeber ist für den Inhalt allein verantwortlich. Die hier dargestellten Positionen geben nicht den Standpunkt von ENGAGEMENT GLOBAL gGmbH und dem BMZ wieder

Gefördert von ENGAGEMENT GLOBAL im Auftrag des



